

Fact Sheet: Trump erklärt nationalen Notstand, um unseren Wettbewerbsvorteil zu erhöhen und die Sicherheit zu stärken

Präsident Donald J. Trump erklärt nationalen Notstand, um unseren Wettbewerbsvorteil zu erhöhen, unsere Souveränität zu schützen und unsere nationale und wirtschaftliche Sicherheit zu stärken

GEGENSEITIGKEIT ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER WIRTSCHAFT UND DER NATIONALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN SICHERHEIT: Heute

erklärte Präsident Donald J. Trump, dass Außenhandels- und Wirtschaftspraktiken einen nationalen Notstand verursacht haben, und ordnete die Einführung von Zöllen an, um die internationale Wirtschaftsposition der Vereinigten Staaten zu stärken und amerikanische Arbeitnehmer zu schützen.

- Große und anhaltende jährliche Defizite im US-Warenhandel haben zur Aushöhlung unserer Produktionsbasis geführt, zu einem Mangel an Anreizen für den Ausbau fortschrittlicher inländischer Produktionskapazitäten, zur Untergrabung kritischer Lieferketten und dazu, dass unsere verteidigungsindustrielle Basis von ausländischen Gegnern abhängig ist.
- Präsident Trump beruft sich auf seine Befugnisse gemäß dem International Emergency Economic Powers Act von 1977 (IEEPA), um den nationalen Notstand zu bewältigen, der durch das große und anhaltende Handelsdefizit verursacht wird, das durch das Fehlen von Gegenseitigkeit in unseren Handelsbeziehungen und andere schädliche Maßnahmen wie Währungsmanipulation und exorbitante Mehrwertsteuern (MwSt.), die von anderen Ländern aufrechterhalten werden, verursacht wird.
- Unter Berufung auf seine IEEPA-Befugnisse wird Präsident Trump einen Zoll von 10 % auf alle Länder verhängen. Dieser tritt am 5. April 2025 um 12:01 Uhr EDT in Kraft.
- Präsident Trump wird einen individuellen, wechselseitigen höheren Zolltarif für die Länder einführen, mit denen die Vereinigten Staaten die größten Handelsdefizite aufweisen. Für alle anderen Länder gilt weiterhin der ursprüngliche Zolltarif von 10 %. Dies tritt am 9. April 2025 um 12:01 Uhr EDT in Kraft.
- Diese Zölle bleiben so lange in Kraft, bis Präsident Trump feststellt, dass die Bedrohung durch das Handelsdefizit und die zugrunde liegende nicht

auf Gegenseitigkeit beruhende Behandlung beseitigt, gelöst oder gemildert ist.

- Der heutige IEEPA-Erlass enthält auch eine Änderungsbefugnis, die es Präsident Trump ermöglicht, den Zoll zu erhöhen, wenn Handelspartner Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, oder die Zölle zu senken, wenn Handelspartner bedeutende Schritte unternehmen, um nicht auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsvereinbarungen zu beheben und sich in Wirtschafts- und nationalen Sicherheitsfragen an die Vereinigten Staaten anzupassen.
- Einige Waren unterliegen nicht dem Gegenseitigkeitszoll. Dazu gehören: (1) Artikel, die 50 USC 1702(b) unterliegen; (2) Stahl-/Aluminiumartikel und Autos/Autoteile, die bereits den Zöllen nach Abschnitt 232 unterliegen; (3) Kupfer-, Pharma-, Halbleiter- und Holzartikel; (4) alle Artikel, die möglicherweise zukünftigen Zöllen nach Abschnitt 232 unterliegen; (5) Edelmetalle und (6) Energie und andere bestimmte Mineralien, die in den Vereinigten Staaten nicht verfügbar sind.
- Für Kanada und Mexiko bleiben die bestehenden Fentanyl-/Migrations-IEEPA-Anordnungen in Kraft und bleiben von dieser Anordnung unberührt. Das bedeutet, dass für USMCA-konforme Waren weiterhin ein Zollsatz von 0 % gilt, für nicht USMCA-konforme Waren ein Zollsatz von 25 % und für nicht USMCA-konforme Energie und Pottasche ein Zollsatz von 10 %. Sollten die bestehenden Fentanyl-/Migrations-IEEPA-Anordnungen aufgehoben werden, würden USMCA-konforme Waren weiterhin eine Vorzugsbehandlung erhalten, während für nicht USMCA-konforme Waren ein gegenseitiger Zollsatz von 12 % gelten würde.

WIR HOLEN UNS UNSERE WIRTSCHAFTLICHE SOUVERÄNITÄT ZURÜCK:

Präsident Trump weigert sich, die Vereinigten Staaten ausnutzen zu lassen, und ist der Ansicht, dass Zölle notwendig sind, um einen fairen Handel zu gewährleisten, amerikanische Arbeitnehmer zu schützen und das Handelsdefizit zu verringern – dies ist ein Notfall.

- Er ist der erste Präsident in der modernen Geschichte, der sich für hart arbeitende Amerikaner einsetzt, indem er andere Länder auffordert, die goldene Handelsregel zu befolgen: Behandle uns so, wie wir dich behandeln.
- Schädliche Wirtschaftspolitiken und -praktiken unserer Handelspartner untergraben unsere Fähigkeit, wichtige Güter für die Öffentlichkeit und das Militär herzustellen, und bedrohen die nationale Sicherheit.
- US-Unternehmen zahlen nach internen Schätzungen jährlich über 200 Milliarden US-Dollar an Mehrwertsteuern (MwSt.) an ausländische Regierungen – ein „Doppelschlag“ für US-Unternehmen, die die Steuer

an der europäischen Grenze zahlen, während europäische Unternehmen keine Steuern auf die Einnahmen aus ihren Exporten in die USA zahlen.

- Die jährlichen Kosten für die US-Wirtschaft durch gefälschte Waren, raubkopierte Software und den Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen liegen zwischen 225 und 600 Milliarden US-Dollar. Gefälschte Produkte stellen nicht nur ein erhebliches Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit der USA dar, sondern bedrohen auch die Sicherheit, Gesundheit und Sicherheit der Amerikaner, wobei der weltweite Handel mit gefälschten Arzneimitteln auf 4,4 Milliarden US-Dollar geschätzt wird und mit dem Vertrieb von mit tödlichem Fentanyl versetzten Drogen in Verbindung gebracht wird. Dieses Ungleichgewicht hat zu einem großen und anhaltenden Handelsdefizit sowohl bei Industrie- als auch bei Agrarprodukten geführt, zur Verlagerung unserer Produktionsbasis ins Ausland, zur Stärkung von Nichtmarktwirtschaften wie China und zur Schädigung der amerikanischen Mittelschicht und Kleinstädte. Präsident Biden hat den von Präsident Trumps erster Amtszeit geerbten Handelsüberschuss im Agrarbereich verschleudert und ihn in ein prognostiziertes Rekorddefizit von 49 Milliarden Dollar verwandelt.
- Die derzeitige Welthandelsordnung ermöglicht es denjenigen, die unfaire Handelspraktiken anwenden, voranzukommen, während diejenigen, die sich an die Regeln halten, zurückbleiben.
- Im Jahr 2024 überstieg unser Handelsdefizit bei Waren 1,2 Billionen US-Dollar – eine nicht nachhaltige Krise, die von der vorherigen Führung ignoriert wurde.
- „Made in America“ ist nicht nur ein Slogan, sondern eine wirtschaftliche und nationale Sicherheitspriorität dieser Regierung. Die Agenda des Präsidenten für den gegenseitigen Handel bedeutet besser bezahlte amerikanische Arbeitsplätze in der Herstellung von schönen, in Amerika hergestellten Autos, Haushaltsgeräten und anderen Gütern.
- Diese Zölle zielen darauf ab, die Ungerechtigkeiten des Welthandels zu beseitigen, die Produktion wieder ins Inland zu verlagern und das Wirtschaftswachstum für das amerikanische Volk anzukurbeln.
- Gegenseitiger Handel ist America-First-Handel, weil er unseren Wettbewerbsvorteil erhöht, unsere Souveränität schützt und unsere nationale und wirtschaftliche Sicherheit stärkt.
- Diese Zölle gleichen die Ungerechtigkeit der anhaltenden internationalen Handelspraktiken aus, gleichen unser chronisches Warenhandelsdefizit aus, bieten einen Anreiz für die Rückverlagerung der Produktion in die Vereinigten Staaten und bieten unseren ausländischen Handelspartnern die Möglichkeit, ihre Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten neu auszurichten.

NEUE PRIORITÄTEN FÜR DIE US-PRODUKTION: Präsident Trump ist sich bewusst, dass die Steigerung der inländischen Produktion für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung ist.

- Im Jahr 2023 betrug der Anteil der US-Produktion an der weltweiten Produktion 17,4 %, gegenüber 28,4 % im Jahr 2001.
- Der Rückgang der Produktionsleistung hat die Produktionskapazität der USA verringert. Die Notwendigkeit, eine belastbare inländische Produktionskapazität aufrechtzuerhalten, ist besonders akut in fortgeschrittenen Sektoren wie der Automobilindustrie, dem Schiffbau, der Pharmaindustrie, der Transportausrüstung, der Technologieprodukte, der Werkzeugmaschinen sowie der Grund- und Metallverarbeitung, wo ein Kapazitätsverlust die Wettbewerbsfähigkeit der USA dauerhaft schwächen könnte.
- Die US-Vorräte an militärischen Gütern sind zu gering, um mit den nationalen Verteidigungsinteressen der USA vereinbar zu sein. Wenn die USA einen wirksamen Sicherheitsschirm aufrechterhalten wollen, um ihre Bürger und ihr Heimatland sowie ihre Verbündeten und Partner zu verteidigen, brauchen sie ein großes vorgelagertes Produktions- und Güterproduktionsökosystem. Dazu gehört die Entwicklung neuer Fertigungstechnologien in kritischen Sektoren wie der Biofertigung, Batterien und Mikroelektronik, um den Verteidigungsbedarf zu decken.
- Die zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Herstellern hat die Lieferkette der USA anfällig für geopolitische Störungen und Versorgungsgapse gemacht. Diese Anfälligkeit wurde während der COVID-19-Pandemie und später bei Angriffen der Huthis auf die Schifffahrt im Nahen Osten deutlich.
- Von 1997 bis 2024 haben die USA rund 5 Millionen Arbeitsplätze in der Fertigung verloren und einen der größten Beschäftigungsrückgänge in der Geschichte erlebt.

BEKÄMPFUNG VON HANDELSUNGLEICHGEWICHTEN: Präsident Trump arbeitet daran, gleiche Wettbewerbsbedingungen für amerikanische Unternehmen und Arbeitnehmer zu schaffen, indem er gegen die unfairen Zollunterschiede und nichttarifären Handelshemmnisse anderer Länder vorgeht.

- Seit Generationen nutzen Länder die Vereinigten Staaten aus, indem sie uns mit höheren Zöllen belegen. Zum Beispiel: Die Vereinigten Staaten erheben einen Zoll von 2,5 % auf die Einfuhr von Personenkraftwagen (mit Verbrennungsmotoren), während die Europäische Union (10 %) und Indien (70 %) viel höhere Zölle auf dasselbe Produkt erheben. - Für Netzwerk-Switches und -Router erheben die Vereinigten Staaten einen

Zoll von 0 %, während Indien (10–20 %) höhere Sätze erhebt. - Brasilien (18 %) und Indonesien (30 %) erheben einen höheren Zoll auf Ethanol als die Vereinigten Staaten (2,5 %). - Für ungeschälten Reis erheben die USA einen Zoll von 2,7 %, während Indien (80 %), Malaysia (40 %) und die Türkei (31 %) höhere Sätze erheben. Äpfel werden in den USA zollfrei eingeführt, in der Türkei (60,3 %) und in Indien (50 %) jedoch nicht.

- Die Vereinigten Staaten haben mit 3,3 % einen der niedrigsten einfachen durchschnittlichen Meistbegünstigungszollsätze der Welt, während viele unserer wichtigsten Handelspartner wie Brasilien (11,2 %), China (7,5 %), die Europäische Union (5 %), Indien (17 %) und Vietnam (9,4 %) deutlich höhere einfache durchschnittliche Meistbegünstigungszollsätze haben.
- Ebenso verwehren nichttarifäre Handelshemmnisse – die dazu gedacht sind, die Menge der Importe/Exporte zu begrenzen und die einheimische Industrie zu schützen – den US-Herstellern den gegenseitigen Zugang zu Märkten auf der ganzen Welt. Ein Beispiel: Chinas nicht marktorientierte Politik und Praktiken haben China eine weltweite Dominanz in wichtigen Fertigungsindustrien verschafft und die US-Industrie dezimiert. Zwischen 2001 und 2018 haben diese Praktiken zum Verlust von 3,7 Millionen Arbeitsplätzen in den USA beigetragen, da das Handelsdefizit zwischen den USA und China gestiegen ist, Arbeitnehmer verdrängt wurden und die Wettbewerbsfähigkeit der USA untergraben wurde, während gleichzeitig die wirtschaftliche und nationale Sicherheit der USA bedroht wurde, da wir uns in kritischen Branchen sowie bei Gütern des täglichen Bedarfs zunehmend auf von ausländischen Unternehmen kontrollierte Lieferketten verlassen.
- Indien stellt seine eigenen, einzigartig belastenden und/oder doppelten Test- und Zertifizierungsanforderungen in Sektoren wie Chemikalien, Telekommunikationsprodukte und medizinische Geräte, die es für amerikanische Unternehmen schwierig oder kostspielig machen, ihre Produkte in Indien zu verkaufen. Würden diese Hindernisse beseitigt, würden die US-Exporte Schätzungen zufolge jährlich um mindestens 5,3 Milliarden US-Dollar steigen.
- Länder wie China, Deutschland, Japan und Südkorea haben eine Politik verfolgt, die die inländische Kaufkraft ihrer eigenen Bürger unterdrückt, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportprodukte künstlich zu steigern. Zu diesen Maßnahmen gehören regressive Steuersysteme, niedrige oder nicht durchgesetzte Strafen für Umweltverschmutzung und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Löhne der Arbeitnehmer im Verhältnis zur Produktivität zu drücken.

- Einige Länder, wie Argentinien, Brasilien, Ecuador und Vietnam, beschränken oder verbieten die Einfuhr von wiederaufgearbeiteten Waren, was den Marktzugang für US-Exporteure einschränkt und gleichzeitig Bemühungen zur Förderung der Nachhaltigkeit unterbindet, indem der Handel mit neuwertigen und ressourceneffizienten Produkten behindert wird. Würden diese Hindernisse beseitigt, würden die US-Exporte Schätzungen zufolge um mindestens 18 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigen.
- Das Vereinigte Königreich hält an nicht wissenschaftlich fundierten Standards fest, die die US-Exporte von sicheren, hochwertigen Rind- und Geflügelfleischprodukten stark einschränken.
- Indonesien hält an lokalen Inhaltsanforderungen in einer Vielzahl von Sektoren und komplexen Einfuhrlizenzen fest und wird ab diesem Jahr von Unternehmen, die natürliche Ressourcen fördern, verlangen, dass sie alle Exporteinnahmen für Transaktionen im Wert von 250.000 US-Dollar oder mehr im Land erzielen.
- Argentinien hat seit 2002 die Einfuhr von lebenden Rindern aus den USA verboten, da unbegründete Bedenken hinsichtlich der bovinen spongiformen Enzephalopathie bestehen. Die Vereinigten Staaten haben ein Handelsdefizit von 223 Millionen US-Dollar mit Argentinien bei Rindfleisch und Rindfleischprodukten.
- Südafrika hat seit Jahrzehnten wissenschaftlich nicht begründete Beschränkungen für US-amerikanische Schweinefleischprodukte eingeführt, die nur eine sehr begrenzte Anzahl von US-amerikanischen Schweinefleischexporten nach Südafrika zulassen. Südafrika schränkt auch die US-amerikanischen Geflügeexporte durch hohe Zölle, Antidumpingzölle und ungerechtfertigte Tiergesundheitsbeschränkungen stark ein. Diese Handelshemmisse haben zu einem Rückgang der US-Geflügeexporte nach Südafrika um 78 % von 89 Millionen US-Dollar im Jahr 2019 auf 19 Millionen US-Dollar im Jahr 2024 geführt.
- US-amerikanische Autohersteller sehen sich einer Vielzahl nichttarifärer Handelshemmisse gegenüber, die den Zugang zu den japanischen und koreanischen Automobilmärkten erschweren, darunter die Nichtanerkennung bestimmter US-Standards, doppelte Test- und Zertifizierungsanforderungen und Transparenzprobleme. Aufgrund dieser nicht auf Gegenseitigkeit beruhenden Praktiken entgehen der US-amerikanischen Automobilindustrie zusätzliche Exporte in Höhe von 13,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr nach Japan und der Zugang zu einem größeren Importmarktanteil in Korea – und das alles, während sich das Handelsdefizit der USA gegenüber Korea von 2019 bis 2024 mehr als verdreifacht hat.

- **Monetäre und nicht-monetäre Zölle sind zwei verschiedene Arten von Handelshemmnissen, die Regierungen zur Regulierung von Importen und Exporten einsetzen.** Präsident Trump begegnet beiden mit gegenseitigen Zöllen, um amerikanische Arbeitnehmer und Industrien vor diesen unfairen Praktiken zu schützen.

DIE GOLDENE REGEL FÜR UNSER GOLDENES ZEITALTER: Die heutige Aktion fordert andere Länder lediglich auf, uns so zu behandeln, wie wir sie behandeln. **Das ist die goldene Regel für unser goldenes Zeitalter.**

- Der Zugang zum amerikanischen Markt ist ein Privileg, kein Recht.
- Die Vereinigten Staaten werden sich nicht länger in Fragen des internationalen Handels selbst zurückstellen, um im Gegenzug leere Versprechungen zu erhalten.
- Gegenseitige Zölle sind ein wichtiger Grund dafür, warum die Amerikaner für Präsident Trump gestimmt haben – sie waren von Anfang an ein Eckpfeiler seiner Kampagne. Jeder wusste, dass er sich für sie einsetzen würde, sobald er wieder im Amt ist; es ist genau das, was er versprochen hat, und es ist ein Hauptgrund dafür, dass er die Wahl gewonnen hat.
- Diese Zölle sind ein zentraler Bestandteil von Präsident Trumps Plan, den von Präsident Biden hinterlassenen wirtschaftlichen Schaden rückgängig zu machen und Amerika auf den Weg in ein neues goldenes Zeitalter zu bringen. Dies baut auf seiner umfassenderen Wirtschaftsagenda auf, die Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich, Steuersenkungen, keine Steuer auf Trinkgelder, keine Steuer auf Sozialversicherungsleistungen und Deregulierung zur Förderung des amerikanischen Wohlstands vorsieht.

ZOLLABGABEN WIRKEN: Studien haben wiederholt gezeigt, dass Zölle ein wirksames Instrument sein können, um Bedrohungen, die die nationale Sicherheit der USA beeinträchtigen, zu verringern oder zu beseitigen und wirtschaftliche und strategische Ziele zu erreichen.

- Eine Studie aus dem Jahr 2024 über die Auswirkungen der Zölle von Präsident Trump in seiner ersten Amtszeit kam zu dem Schluss, dass sie „die US-Wirtschaft gestärkt“ und zu einer „signifikanten Rückverlagerung“ in Branchen wie der Fertigung und der Stahlproduktion geführt haben.
- Ein Bericht der US-amerikanischen Internationalen Handelskommission aus dem Jahr 2023, in dem die Auswirkungen der Zölle gemäß Abschnitt 232 und 301 auf US-Importe im Wert von mehr als 300 Milliarden US-Dollar analysiert wurden, kam zu dem Schluss, dass die Zölle die Importe aus China reduzierten und die US-Produktion der zollpflichtigen

Waren effektiv ankurbelten, wobei die Auswirkungen auf die Preise sehr gering waren.

- Laut dem Economic Policy Institute zeigen die von Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit eingeführten Zölle „eindeutig keine Korrelation mit der Inflation“ und hatten nur vorübergehende Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau.
- Eine Analyse des Atlantic Council ergab, dass „Zölle neue Anreize für US-Verbraucher schaffen würden, in den USA hergestellte Produkte zu kaufen“.
- Die ehemalige Finanzministerin unter Biden, Janet Yellen, versicherte letztes Jahr, dass Zölle nicht zu Preiserhöhungen führen würden: „Ich glaube nicht, dass die amerikanischen Verbraucher einen nennenswerten Anstieg der Preise erleben werden, mit denen sie konfrontiert sind.“
- Eine Wirtschaftsanalyse aus dem Jahr 2024 ergab, dass ein globaler Zollsatz von 10 % die Wirtschaft um 728 Milliarden US-Dollar ankurbeln, 2,8 Millionen Arbeitsplätze schaffen und das reale Haushaltseinkommen um 5,7 % steigern würde.

+++

Fact Sheet: Trump Declares National Emergency to Increase Our Competitive Edge & Strengthen Security

President Donald J. Trump Declares National Emergency to Increase our Competitive Edge, Protect our Sovereignty, and Strengthen our National and Economic Security

PURSUING RECIPROCITY TO REBUILD THE ECONOMY AND RESTORE NATIONAL AND ECONOMIC SECURITY: Today, President Donald J. Trump declared that foreign trade and economic practices have created a national emergency, and his order imposes responsive tariffs to strengthen the international economic position of the United States and protect American workers.

- Large and persistent annual U.S. goods trade deficits have led to the hollowing out of our manufacturing base; resulted in a lack of incentive to increase advanced domestic manufacturing capacity; undermined critical supply chains; and rendered our defense-industrial base dependent on foreign adversaries.
- President Trump is invoking his authority under the International Emergency Economic Powers Act of 1977 (IEEPA) to address the national emergency posed by the large and persistent trade deficit that is driven

by the absence of reciprocity in our trade relationships and other harmful policies like currency manipulation and exorbitant value-added taxes (VAT) perpetuated by other countries.

- Using his IEEPA authority, President Trump will impose a 10% tariff on all countries. This will take effect April 5, 2025 at 12:01 a.m. EDT.
- President Trump will impose an individualized reciprocal higher tariff on the countries with which the United States has the largest trade deficits. All other countries will continue to be subject to the original 10% tariff baseline. This will take effect April 9, 2025 at 12:01 a.m. EDT.
- These tariffs will remain in effect until such a time as President Trump determines that the threat posed by the trade deficit and underlying nonreciprocal treatment is satisfied, resolved, or mitigated.
- Today's IEEPA Order also contains modification authority, allowing President Trump to increase the tariff if trading partners retaliate or decrease the tariffs if trading partners take significant steps to remedy non-reciprocal trade arrangements and align with the United States on economic and national security matters.
- Some goods will not be subject to the Reciprocal Tariff. These include: (1) articles subject to 50 USC 1702(b); (2) steel/aluminum articles and autos/auto parts already subject to Section 232 tariffs; (3) copper, pharmaceuticals, semiconductors, and lumber articles; (4) all articles that may become subject to future Section 232 tariffs; (5) bullion; and (6) energy and other certain minerals that are not available in the United States.
- For Canada and Mexico, the existing fentanyl/migration IEEPA orders remain in effect, and are unaffected by this order. This means USMCA compliant goods will continue to see a 0% tariff, non-USMCA compliant goods will see a 25% tariff, and non-USMCA compliant energy and potash will see a 10% tariff. In the event the existing fentanyl/migration IEEPA orders are terminated, USMCA compliant goods would continue to receive preferential treatment, while non-USMCA compliant goods would be subject to a 12% reciprocal tariff.

TAKING BACK OUR ECONOMIC SOVEREIGNTY: President Trump refuses to let the United States be taken advantage of and believes that tariffs are necessary to ensure fair trade, protect American workers, and reduce the trade deficit—this is an emergency.

- He is the first President in modern history to stand strong for hardworking Americans by asking other countries to follow the golden rule on trade: Treat us like we treat you.

- Pernicious economic policies and practices of our trading partners undermine our ability to produce essential goods for the public and the military, threatening national security.
- U.S. companies, according to internal estimates, pay over \$200 billion per year in value-added taxes (VAT) to foreign governments—a “double-whammy” on U.S. companies who pay the tax at the European border, while European companies don’t pay tax to the United States on the income from their exports to the U.S.
- The annual cost to the U.S. economy of counterfeit goods, pirated software, and theft of trade secrets is between \$225 billion and \$600 billion. Counterfeit products not only pose a significant risk to U.S. competitiveness, but also threaten the security, health, and safety of Americans, with the global trade in counterfeit pharmaceuticals estimated at \$4.4 billion and linked to the distribution of deadly fentanyl-laced drugs. - This imbalance has fueled a large and persistent trade deficit in both industrial and agricultural goods, led to offshoring of our manufacturing base, empowered non-market economies like China, and hurt America’s middle class and small towns. - President Biden squandered the agricultural trade surplus inherited from President Trump’s first term, turning it into a projected all-time high deficit of \$49 billion.
- The current global trading order allows those using unfair trade practices to get ahead, while those playing by the rules get left behind.
- In 2024, our trade deficit in goods exceeded \$1.2 trillion—an unsustainable crisis ignored by prior leadership.
- “Made in America” is not just a tagline—it’s an economic and national security priority of this Administration. The President’s reciprocal trade agenda means better-paying American jobs making beautiful American-made cars, appliances, and other goods.
- These tariffs seek to address the injustices of global trade, re-shore manufacturing, and drive economic growth for the American people.
- Reciprocal trade is America First trade because it increases our competitive edge, protects our sovereignty, and strengthens our national and economic security.
- These tariffs adjust for the unfairness of ongoing international trade practices, balance our chronic goods trade deficit, provide an incentive for re-shoring production to the United States, and provide our foreign trading partners with an opportunity to rebalance their trade relationships with the United States.

REPRIORITIZING U.S. MANUFACTURING: President Trump recognizes that increasing domestic manufacturing is critical to U.S. national security.

- In 2023, U.S. manufacturing output as a share of global manufacturing output was 17.4%, down from 28.4% in 2001.
- The decline in manufacturing output has reduced U.S. manufacturing capacity. The need to maintain a resilient domestic manufacturing capacity is particularly acute in advanced sectors like autos, shipbuilding, pharmaceuticals, transport equipment, technology products, machine tools, and basic and fabricated metals, where loss of capacity could permanently weaken U.S. competitiveness.
- U.S. stockpiles of military goods are too low to be compatible with U.S. national defense interests. - If the U.S. wishes to maintain an effective security umbrella to defend its citizens and homeland, as well as allies and partners, it needs to have a large upstream manufacturing and goods-producing ecosystem. - This includes developing new manufacturing technologies in critical sectors like bio-manufacturing, batteries, and microelectronics to support defense needs.
- Increased reliance on foreign producers for goods has left the U.S. supply chain vulnerable to geopolitical disruption and supply shocks. This vulnerability was exposed during the COVID-19 pandemic, and later with Houthi attacks on Middle East shipping.
- From 1997 to 2024, the U.S. lost around 5 million manufacturing jobs and experienced one of the largest drops in manufacturing employment in history.

ADDRESSING TRADE IMBALANCES: President Trump is working to level the playing field for American businesses and workers by confronting the unfair tariff disparities and non-tariff barriers imposed by other countries.

- For generations, countries have taken advantage of the United States, tariffing us at higher rates. For example: The United States imposes a 2.5% tariff on passenger vehicle imports (with internal combustion engines), while the European Union (10%) and India (70%) impose much higher duties on the same product. - For networking switches and routers, the United States imposes a 0% tariff, but India (10-20%) levies higher rates. - Brazil (18%) and Indonesia (30%) impose a higher tariff on ethanol than does the United States (2.5%). - For rice in the husk, the U.S. imposes a tariff of 2.7%, while India (80%), Malaysia (40%), and Turkey (31%) impose higher rates. - Apples enter the United States duty-free, but not so in Turkey (60.3%) and India (50%).

- The United States has one of the lowest simple average most-favored-nation (MFN) tariff rates in the world at 3.3%, while many of our key trading partners like Brazil (11.2%), China (7.5%), the European Union (5%), India (17%), and Vietnam (9.4%) have simple average MFN tariff rates that are significantly higher.
- Similarly, non-tariff barriers—meant to limit the quantity of imports/exports and protect domestic industries—also deprive U.S. manufacturers of reciprocal access to markets around the world. For example: China’s non-market policies and practices have given China global dominance in key manufacturing industries, decimating U.S. industry. Between 2001 and 2018, these practices contributed to the loss of 3.7 million U.S. jobs due to the growth of the U.S.-China trade deficit, displacing workers and undermining American competitiveness while threatening U.S. economic and national security by increasing our reliance on foreign-controlled supply chains for critical industries as well as everyday goods.
- India imposes their own uniquely burdensome and/or duplicative testing and certification requirements in sectors such as chemicals, telecom products, and medical devices that make it difficult or costly for American companies to sell their products in India. If these barriers were removed, it is estimated that U.S. exports would increase by at least \$5.3 billion annually.
- Countries including China, Germany, Japan, and South Korea have pursued policies that suppress the domestic consumption power of their own citizens to artificially boost the competitiveness of their export products. Such policies include regressive tax systems, low or unenforced penalties for environmental degradation, and policies intended to suppress worker wages relative to productivity.
- Certain countries, like Argentina, Brazil, Ecuador, and Vietnam, restrict or prohibit the importation of remanufactured goods, restricting market access for U.S. exporters while also stifling efforts to promote sustainability by discouraging trade in like-new and resource-efficient products. If these barriers were removed, it is estimated that U.S. exports would increase by at least \$18 billion annually.
- The UK maintains non-science-based standards that severely restrict U.S. exports of safe, high-quality beef and poultry products.
- Indonesia maintains local content requirements across a broad range of sectors, complex import licensing regimes, and, starting this year, will require natural resource firms to onshore all export revenue for transactions worth \$250,000 or more.

- Argentina has banned imports of U.S. live cattle since 2002 due to unsubstantiated concerns regarding bovine spongiform encephalopathy. The United States has a \$223 million trade deficit with Argentina in beef and beef products.
- For decades, South Africa has imposed animal health restrictions that are not scientifically justified on U.S. pork products, permitting a very limited list of U.S. pork exports to enter South Africa. South Africa also heavily restricts U.S. poultry exports through high tariffs, anti-dumping duties, and unjustified animal health restrictions. These barriers have contributed to a 78% decline in U.S. poultry exports to South Africa, from \$89 million in 2019 to \$19 million 2024.
- U.S. automakers face a variety of non-tariff barriers that impede access to the Japanese and Korean automotive markets, including non-acceptance of certain U.S. standards, duplicative testing and certification requirements, and transparency issues. Due to these non-reciprocal practices, the U.S. automotive industry loses out on an additional \$13.5 billion in annual exports to Japan and access to a larger import market share in Korea—all while the U.S. trade deficit with Korea more than tripled from 2019 to 2024.
- **Monetary tariffs and non-monetary tariffs are two distinct types of trade barriers that governments use to regulate imports and exports.** President Trump is countering both through reciprocal tariffs to protect American workers and industries from these unfair practices.

THE GOLDEN RULE FOR OUR GOLDEN AGE: Today's action simply asks other countries to treat us like we treat them. **It's the Golden Rule for Our Golden Age.**

- Access to the American market is a privilege, not a right.
- The United States will no longer put itself last on matters of international trade in exchange for empty promises.
- Reciprocal tariffs are a big part of why Americans voted for President Trump—it was a cornerstone of his campaign from the start. Everyone knew he'd push for them once he got back in office; it's exactly what he promised, and it's a key reason he won the election.
- These tariffs are central to President Trump's plan to reverse the economic damage left by President Biden and put America on a path to a new golden age. This builds on his broader economic agenda of energy competitiveness, tax cuts, no tax on tips, no tax on Social Security benefits, and deregulation to boost American prosperity.

TARIFFS WORK: Studies have repeatedly shown that tariffs can be an effective tool for reducing or eliminating threats that impair U.S. national security and achieving economic and strategic objectives.

- A 2024 study on the effects of President Trump's tariffs in his first term found that they "strengthened the U.S. economy" and "led to significant reshoring" in industries like manufacturing and steel production.
- A 2023 report by the U.S. International Trade Commission that analyzed the effects of Section 232 and 301 tariffs on more than \$300 billion of U.S. imports found that the tariffs reduced imports from China and effectively stimulated more U.S. production of the tariffed goods, with very minor effects on prices.
- According to the Economic Policy Institute, the tariffs implemented by President Trump during his first term "clearly show[ed] no correlation with inflation" and only had a temporary effect on overall price levels.
- An analysis from the Atlantic Council found that "tariffs would create new incentives for US consumers to buy US-made products."
- Former Biden Treasury Secretary Janet Yellen affirmed last year that tariffs do not raise prices: "I don't believe that American consumers will see any meaningful increase in the prices that they face."
- A 2024 economic analysis found that a global tariff of 10% would grow the economy by \$728 billion, create 2.8 million jobs, and increase real household incomes by 5.7%.